

Bezugspreis:

Für den Monat August 90.— M.  
vorwärts jährlich. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Danzig, Saar- und  
Rheinland, sowie Österreich und  
Bulgarien 120.— M. für das übrige  
Ausland 172.— M. Postbestellungen  
nehmen an Belgien, Dänemark, Eng-  
land, Estland, Finnland, Frankreich,  
Holland, Lettland, Litauen, Ost-  
preußen, Schweden, Schweiz, Liech-  
tenstein und Ungarn.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-  
haltungsbeilage „Heimweh“ und der  
Beilage „Erdung und Reingarten“  
erscheint wöchentlich zweimal, Son-  
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Anzeigenzeile  
kostet 25.— M. Restzeile 125.— M.  
„Kleinanzeigen“ das fertige  
Wort 7.— M. (zweiwöchentlich  
gedruckt), jedes weitere Wort  
4.— M. Stellenangebote und Schin-  
kellenanzeigen das erste Wort 4.— M.,  
jedes weitere Wort 3.— M. Worte  
über 15 Buchstaben zählen für zwei  
Worte. Familien-Anzeigen für Abon-  
nenten Preis 10.— M.

Freigeige für die nächste Nummer  
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Gedruckt  
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-295  
und 2506-2507

Montag, den 14. August 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Ankerstr.  
Abteilung: Dönhofs 2506-2507

## Freiwillig oder Zwang?

### Englische und französische Wünsche.

London, 14. August. (CP.) Im Verlaufe des englischen Kabinettsrates vom Sonnabend soll Lloyd George folgende Erklärung gemacht haben: „Wir sind im Besitz einer Reihe von französischen Vorschlägen, die bestimmt sind, einen Druck auf Deutschland auszuüben, um es zu zwingen, die Reparationszahlungen zu leisten. Die englische Politik besteht aber im Gegenteil darin, Deutschland durch die Vernunft dazu zu führen, freiwillig mit den Alliierten für die Durchführung des Versailler Vertrages zu arbeiten. Auf diese Richtlinien, die die Grundlagen der englischen Politik darstellen, können wir nicht verzichten. Das englische Kabinett stimmt dieser Auffassung einmütig zu und erteilt Lloyd George Vollmacht für die Fortführung der Verhandlungen in diesem Sinne.“

### Man konferiert weiter!

London, 14. August. (WTB.) Die Ministerpräsidenten Großbritanniens, Frankreichs und Belgiens, der Minister des Äußeren von Italien, Schanzler, und der japanische Botschafter Haposhi werden heute vormittag eine gemeinsame Sitzung abhalten. Der „Times“ zufolge kann angenommen werden, daß auf dieser Sitzung ein Beschluß darüber gefaßt werden wird, ob die Konferenz fortgesetzt werden soll oder nicht. Sollte die Ansicht obliegen, daß eine Auslichtung auf eine Vereinbarung bestehe, so würde die Konferenz wahrscheinlich für heute nachmittags einberufen werden, um den Bericht der Sachverständigen über die Vorschläge Poincarés, der bisher nur den Premierministern vorgelegen habe, entgegenzunehmen. Die Annahmefähigkeit, zu einer Einigung zu gelangen, würde formell mitgeteilt werden, und die Konferenz würde damit ihr Ende finden. Der gestern in Abwesenheit von Lloyd George geführte Meinungsaustausch zwischen den britischen, französischen, belgischen und italienischen Vertretern hätte zu keinem Ergebnis geführt. Es liegt Grund zu der Annahme vor, daß die Franzosen im Laufe der Sachverständigenberatungen am Sonnabend der Gewährung eines Moratoriums an Deutschland bis zum 31. Dezember dieses Jahres zugestimmt haben. Dieses Moratorium sollte sich auch auf die Zahlung der Forderungen erstrecken, ebenso wie auf die Reparationszahlungen erstrecken. Des sei ein interessantes Zugeständnis angesichts der Forderung Poincarés, daß diese Zahlungen fortgesetzt werden und angesichts der Strafmaßnahmen, welche die französische Regierung Deutschland gegenüber zur Anwendung gebracht habe. Wenn dagegen kein Moratorium gewährt wird, so fährt das Blatt fort, so tritt dieses Zugeständnis nicht in Kraft.

### Vierzig Millionen Goldmark zunächst fällig.

Alles weitere später!

London, 14. August. Die Alliierten Sachverständigen haben gestern die Frage der Ausgleichsunterprüfung geprüft. Nach Hovas soll eine Einigung dahin erzielt worden sein, von Deutschland am 15. August die Zahlung der fälligen 40 Millionen Goldmark zu verlangen. Für die Zukunft werde die Frage jedenfalls auf dem Wege direkter Verhandlungen zwischen Deutschland und den alliierten Ländern geregelt. England und Italien hätten bereits direkte Abkommen mit Deutschland getroffen.

### Der Vertrag in Stücke!

London, 14. August. (WTB.) In einem Editorial legt „Daily Chronicle“, dessen Beziehungen zu Lloyd George bekannt sind, das Verfahren dar, das nach Ansicht des Blattes angewendet werden müßte, wenn die Konferenz scheitern sollte. Das Blatt schreibt: Die Aussicht auf Erzielung eines Einvernehmens sei schwach. Jede der alliierten Regierungen stimmt dem Grundgedanken zu, daß Deutschland unter gewissen Bedingungen ein Moratorium erhalten soll; Frankreich bestrebt jedoch auf besonderen Bedingungen, denen keine der übrigen Mächte zustimmen könnte. Artikel 233 des Versailler Vertrages ermächtigt die Reparationskommission, jezeit ein Moratorium zu gewähren. Artikel 13 des 2. Anhangs von Teil 8 erteilt ausdrücklich die Befugnis, daß ein Moratorium, wie es augenblicklich erwogen werde, durch Mehrheitsbeschluß bewilligt werden könne. Eine Notwendigkeit für die Abhaltung der Londoner Konferenz habe daher nicht bestanden und die Reparationskommission hätte ohne weiteres die Frage regeln können. Nur weil Frankreich Ansichten geltend gemacht habe, die von denen der übrigen Staaten abwichen, und weil die Alliierten gewünscht hätten, wenn möglich eine einstimmige Entscheidung zu erzielen, sei die Londoner Konferenz abgehalten worden. Diese Einigung sei nicht erzielt worden, weil Poincaré mit Vorschlägen herausgetreten sei, die, wie er von vornherein wußte, unannehmbar seien und die er bisher zurückzunehmen oder abzuändern sich geweigert habe. Wenn diese Lage fortdauere, so müßte die Frage natürlich an die Reparationskommission zurückgehen. Das sei durch den Friedensvertrag vorgeschrieben. In der französischen Presse seien Drohungen laut geworden, daß Poincaré sich dieser Notwendigkeit nicht beugen und Frankreich auf einen Weg gesonderter militärischer Aktionen gegen Deutschland abführen werde. Wenn er dies

tu, so würde er damit natürlich den Versailler Vertrag in Stücke reißen.

Der politische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ teilt mit, daß der englische Widerstand gegen die Beschloßnahme der deutschen Staatsforsten und Bergwerke unter anderem auf der Ansicht beruhe, daß im Falle der Bergwerke die deutschen Bergarbeiter wahrscheinlich in den Ausland treten würden.

### Vorbereitungen der Reparationskommission

Paris, 14. August. (WTB.) Hovas meldet aus London, Poincaré habe sich mit Leon Dubois, dem Vertreter Frankreichs in der Reparationskommission, in Verbindung gesetzt, damit er die nötigen Vorbereitungen treffe, falls die verdächtigten Regierungen nicht in der Lage wären, vor dem 15. August, dem Tage des nächsten Zahlungsstermins, der der deutschen Regierung eine Entscheidung über das Moratoriumsverlangen zugehen zu lassen. Wenn die Reparationskommission der deutschen Regierung die Antwort nicht zu dem ursprünglich festgesetzten Zeitpunkt erteilen könne, so verstehe es sich von selbst, daß die Rechte der Alliierten vorbehalten bleiben, es könnten nach dieser Richtung keine Schwierigkeiten entstehen.

### Bradbury wieder in Paris.

Paris, 14. August. (WTB.) Wie verlautet, ist der englische Vertreter in der Reparationskommission Sir John Bradbury gestern abend in Paris eingetroffen.

### Northcliffe gestorben.

London, 14. August. (WTB.) Lord Northcliffe ist heute gestorben. Northcliffe war der Organisator der englischen Kriegspropaganda und hauptsächlich der „deutschen Greuel“-Hezbe, die sich bis heute noch nicht ausgewirkt hat.

### Internationaler Sozialistenkongress.

Prog. 13. August. (WTB.) Das Präsidium der 2. Internationalen, das hier unter dem Vorsitz von Henderson über die Einberufung des nächsten Kongresses der sozialistischen Arbeiterschaft verhandelt, hat beschlossen, daß im Hinblick darauf, daß in nächster Zeit in Deutschland eine Vereinigung der in den beiden sozialdemokratischen Parteien organisierten Arbeiter stattfinden werde, die Konferenz der 2. Internationalen, die Anfang Oktober in Hamburg stattfinden sollte, vertagt wird, damit in nächster Zeit ein Weltkongress auf breiterer Grundlage unter Hinzuziehung der Wiener Internationalen Arbeitergemeinschaft und der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale einberufen werden kann.

Auf der Konferenz wurde beschlossen, mit der kommunistischen Partei in keiner Weise zu verhandeln, nachdem diese Partei sich durch ihr ganzes Auftreten außerhalb der Sozialdemokratie gestellt habe. Weiter wurde eine Reihe von Entschlüssen angenommen, darunter in erster Linie ein Protest des Internationalen Sozialistischen Bureaus gegen die Moskauer Urteile. In einer weiteren Entscheidung wird erklärt, daß sich die durch die Regierungen der Bourgeoisie geschaffene Lage immer kritischer gestalte. Die angeschlossenen sozialistischen Parteien werden aufgefordert, die Aktionen zur Unterstützung der Frankfurter Beschlüsse fortzusetzen. Die Konferenz begrüßt die Bildung einer Kommission zur Untersuchung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland. In einer anderen Entscheidung wird erklärt, daß der Kampf der italienischen Sozialisten gegen die brutale faschistisch-anarchistische Vergewaltigung eine gemeinsame Sache des internationalen Proletariats sei.

Prog. 14. August. (II.) Das Bureau der Zweiten Internationalen hat gestern den Rücktritt des Sekretärs des Internationalen Bureaus, Ramsay MacDonald, der sich infolge Überlastung mit anderen Arbeiten dieser Funktion nicht mehr widmen kann, entgegengenommen und ihm Dank und Anerkennung ausgesprochen. An seine Stelle wurde der Engländer Tom Shaw zum Sekretär des Internationalen Bureaus gewählt.

### Deutscher Verfassungstag im Saargebiet.

Saarbrücken, 14. August. (DL.) Die Sozialdemokratische Partei hielt gemeinsam mit den Demokraten eine Verfassungsfeier im Städtischen Saalbau ab. Zahlreiche Freunde der deutschen Republik folgten der Einladung. Musik, Chorgesang und Rezitationen umrahmten die zündenden Ansprachen der Reditsanwärter Sender und Bessenich. — Die Zentrumsparterie des Saargebiets hatte am 3. Jahrestag der Weimarer Verfassung eine Kundgebung erlassen, worin es heißt: „Die Zentrumsparterie des Saargebiets sieht im verfassungstreuen Verhalten aller Klassen, aller Stände, aller Konfessionen und aller Landesteile Deutschlands das von der Stunde der Not geforderte vaterländische Gebot, ferner das starke Unterpfand für eine Wiederaufrichtung des deutschen Volkstums in einem starken Deutschen Reich und in diesem Sinne auch die sichere Gewähr für die heiligersehnte Rückkehr von Land und Volk des Saargebiets in den Schutz und Schirm des geliebten deutschen Vaterlandes.“

## Praktische Sozialisierungsarbeit.

Im deutschen Volke trifft man immer noch oft genug die Meinung an, jede Neuerung und Besserung der Dinge hauptsächlich von der behördlichen Zentralgewalt zu erhoffen. Auch auf dem Gebiet der Wirtschaft, wo Initiative und persönliche Tatkraft weniger als anderswo zu entbehren sind, glauben viele, und unter ihnen viele Arbeiter, alle Fortschritte durch Anordnungen von „oben“ erwarten zu müssen. Die Folge davon ist eine bedauerliche Unfähigkeit.

Die Gegenwart schreit aber förmlich nach Gemeinwirtschaft, nach Kontrolle und Begrenzung der privatkapitalistischen Profitmacherei durch sozialisierte Unternehmungen, durch Betriebe, in denen die Arbeitenden selbst das Ziel und die Methoden der Arbeit bestimmen nach dem Grundgedanken: der Zweck der Arbeit ist das Gemeinwohl. Aber diejenigen, die es angeht, haben meist anderes zu tun! Die Sitzungen und Versammlungen der gewerkschaftlichen Organisationen sind erfüllt von politischem Streit. Für die ernsthafte und gründliche Beratung wichtiger Wirtschaftsfragen, für die tatsächliche Inangriffnahme der großen Sozialisierungsprobleme bleibt so gut wie nichts übrig. Und merkwürdig gerade die ganz „Zielbewußten“, die sogenannten Radikalen, die immer am lautesten die Abfertigung des Kapitalismus fordern und das Wort Sozialisierung bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit geräuschvoll im Munde führen, versagen vollkommen, wenn es gilt, den Angriff praktisch zu gestalten. Sie reden zwar viel über Versäumnisse — der anderen, verschämen sich aber selbst hinter bequemem Hinweis auf den Mangel an politischer Macht. Sie sagen, es sei notwendig, zuvor die Verwaltung des Staates zu beherrschen und — empfehlen, einstweilen nichts zu tun.

Von großem Selbstvertrauen zeugen solche Auslassungen gerade nicht. Und außerdem: Soll und muß denn alles durch den Staat geschehen? Ist das der Sinn des Sozialismus, daß ohne vorherige Anordnung einer hohen Regierung kein Stück der alten Wirtschaft verrückt und ohne amtliche Genehmigung kein Versuch und kein Schritt zur Verwirklichung der neuen Gesellschaft unternommen werden darf? Und ferner: beruht nicht die politische Macht der Bourgeoisie sehr wesentlich auf der skrupellosen Ausnutzung ihrer Wirtschaftsmacht? Das arbeitende Volk aber, die Masse der Hand- und Kopfarbeiter, hat es bisher veräumt, ihre große wirtschaftliche Kraft anders als zu Schutz und Abwehr zu organisieren.

Schutz und Abwehr sind notwendig, sind unentbehrlich für die Erhaltung und Anpassung des Arbeitslohnes, für die Sicherung von Arbeitszeit und Arbeitsruhe, von Arbeitsrecht, Sozialversicherung und sozialer Fürsorge. Aber das kapitalistische System kann nur im Angriff erschüttert werden, und dieser Angriff kann nicht ausschließlich politisch geführt, er muß wirtschaftlich unterbaut, durch sozialistisch geleitete Wirtschaftsbetriebe gestützt und getragen werden.

Die finanzielle Kraft des einzelnen Proletariats ist freilich gering. Aber das ist bestimmt kein Grund, um sie dem Privatkapital zur Verfügung zu stellen. Wo liegen heute die Spargelder der Arbeiter, die Vermögensbestände ihrer Verbände? Fast ausschließlich in Sparkassen und Banken. Und was geschieht dort mit ihnen? In Form von Hypotheken, Beteiligungen, Darlehen usw. werden sie den kapitalistischen Hausbesitzern, Kaufleuten und Industriellen zugeführt, die damit ihre ausbeuterische Profitwirtschaft stützen, die Rohstoffe monopolisieren und die Allgemeinheit schröpien. Hier gilt es daher, den Hebel anzusetzen, und hier kann auch etwas Wesentliches und Wirkames geleistet werden, wenn der Wille erst wach ist und wenn nach überlegtem Plan die verstreute Kraft des Proletariats gesammelt dem Aufbau der Gemeinwirtschaft zugeführt wird. Da bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen einstweilen von Reich, Ländern und Gemeinden auf diesem Gebiete keine nennenswerte Initiative zu erwarten sein dürfte, ist die freie Sozialisierung, die Sozialisierung von „unten“ zurzeit die wichtigste Aufgabe der organisierten Arbeitnehmerschaft.

Der Leipziger Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat dieser Sachlage Rechnung getragen und in seiner Entscheidung vom 21. Juni 1922 den Bundesvorstand nachdrücklich aufgefordert, die Ueberführung der privatkapitalistischen Wirtschaft in die Gemeinwirtschaft planmäßig zu fördern und zu diesem Zweck die wirtschaftliche und finanzielle Macht der organisierten Arbeiterschaft in den Dienst der Gemeinwirtschaft zu stellen. Diesen Beschluß gilt es nun mit aller Energie in die Tat umzusetzen. Und zwar überall, in allen Berufen und allen Organisationen! Die gesamte Arbeitnehmerschaft muß von nun an ihre volle Kraft und alle verfügbaren Geldmittel in den Dienst dieser hohen Aufgabe stellen. Freilich nicht in dem Sinne, daß nunmehr beliebige Arbeitergruppen nach freiem Ermessen und ohne organischen Zusammenhang Eigenbetriebe errichten, die entweder bald der kapitalistischen Konkurrenz erliegen oder durch

Zusammenstoß auf die falsche Bahn kapitalistischer Profitwirtschaft gedrängt würden.

Arbeitergeld darf nicht der Profitmacherei dienen! Es soll kein neuer Arbeiterkapitalismus geschaffen werden, wie dies zum Teil bei den früheren Produktiv-Assoziationen der Fall war und wie er durch Gründung „wilder“ Arbeitergenossenschaften neu entstehen würde, sondern das Ziel ist die Gemeinwirtschaft, die Wirtschaft für die Gesamtheit, ohne Ausbeutung und ohne Bereicherung einzelner. Deshalb ist die tätige Mitwirkung der Organisationen unentbehrlich. Die Gewerkschaften müssen die Sammlung und die treuhänderische Verwaltung der Geldmittel übernehmen. In ihrer Hand müssen die moralischen und finanziellen Kräfte der Arbeiterschaft zusammengefaßt und nach einem festen Plan auf den wichtigsten Punkt gerichtet werden.

Die Kraft des Proletariats darf nicht verzettelt werden! Sie muß mit Vorbedacht gesammelt und nach überlegtem Plan dort eingesetzt werden, wo die glücklichsten Voraussetzungen für die Schaffung sozialer Eigenbetriebe gegeben sind. Die günstigste Angriffsstelle ist vorläufig das Baugewerbe, weil hier die öffentlichen Körperschaften (Reich, Länder und Gemeinden) in großem Umfang als Auftraggeber in Frage kommen. Rund die Hälfte aller Bauaufträge liegen heute in der öffentlichen Hand. Außerdem bedeutet die zunehmende Befriedigung des Massenbedarfs an Arbeiterwohnungen durch genossenschaftliche Organisationen eine weitere Sicherung ausreichender Auftragserteilung. Darum hat auch der Leipziger Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes aufgefördert, das Hauptaugenmerk auf die Sozialisierung der Bauwirtschaft zu richten.

Am Baugewerbe ist ein schon verheißungsvoller Anfang gemacht. Das Stadium der ersten Versuche ist bereits überwunden. In zweijährigem Ringen sind Formen und Methoden für die modernen Eigenbetriebe der Arbeitnehmer gefunden worden, die die Gewähr des Erfolges in sich tragen. Ueber das ganze Reich verteilt bestehen schon über zweihundert soziale Baubetriebe (Bauhütten), die gemeinsam arbeiten, keine Gewinne ausschütten und bei denen die soziale Tendenz durch die Einwirkung der Arbeitnehmer selbst sichergestellt ist. Jede Bauhütte hat einen Betriebsvorstand, der die berufliche Selbstverwaltung verkörpert. In ihm wirken Angestelltenvertreter, Arbeitervertreter und Vertrauenspersonen der Gewerkschaften mit den Geschäftsführern zusammen, um in kollegialer Gemeinschaftsarbeit die sachgemäße Erledigung der Betriebsaufgaben zu sichern. Dadurch ist erreicht, daß im Gegensatz zu den kapitalistischen Betrieben die tatsächliche Produktionsgewalt in den Händen der Arbeitenden selbst liegt und von ihnen so benutzt werden kann, daß jeder Arbeiter und Angestellte freudig und verantwortungsbewußt an der Erledigung der gemeinsamen Betriebsaufgaben mitwirken kann.

Die Verfügungsgewalt über das Kapital liegt auch bei den sozialen Baubetrieben in der Hand der Kapitalgeber. Aber diese Kapitalgeber sind keine Privatpersonen. In den Bauhütten arbeitet nur soziales Kapital, das, soweit es nicht durch die Gewerkschaften aufgebracht ist, von öffentlichen Körperschaften (Ländern, Kreisen, Gemeinden) und den Organisationen der Wohnungskonjumenten (Baugenossenschaften, Wohnungsvorsorgegesellschaften usw.) gegeben wird. So ist auch von dieser Seite her die nötige Gewähr dafür gegeben, daß in der Bauhüttenbewegung keine ausbeuterischen Tendenzen in Erscheinung treten.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hat sich kürzlich in einer Vollversammlung mit der Sozialisierungsarbeit im Baugewerbe beschäftigt und ist nach eingehender Aussprache dem Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses zur Frage der Sozialisierung des Bauwesens beigetreten. Damit haben die der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Organisationen die Verpflichtung übernommen, alle Maßnahmen zu unterstützen, die zur Ausführung des erwähnten Beschlusses unternommen werden. Im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung ist dringend zu

wünschen, daß diese Stellungnahme ein kräftiges Echo findet und in allen Arbeiter- und Angestelltenverbänden den Willen zu tatkräftiger Unterstützung und allseitiger Förderung der Bauhüttenbewegung auslöst.

Die kapitalistischen Unternehmer haben längst erkannt, daß diese Bewegung sie an der verwundbarsten Stelle trifft. Resolutionen und Demonstrationen pflegen ihnen nur vorübergehend zu imponieren, vor dem Aufkommen einer sozialistischen Staatsmacht glauben sie sich hinreichend geschützt durch die Uneinigkeit der Arbeiterschaft, aber ein rein wirtschaftlich geführter Angriff, wie er durch den freien Wettbewerb gemeinnützig arbeitender Baubetriebe verkörpert wird, wird von ihnen mit Recht als ein wirksames Mittel auf die geheiligte Profitwirtschaft empfunden. Sie haben deshalb auch schon die Abwehr organisiert. Das gesamte baugewerbliche Unternehmertum hat sich für diesen Zweck zusammengetan, eine besondere Kampfbewegung geschaffen und gewaltige Geldmittel aufgebracht, um den sozialen Baubetrieben das Lebenslicht auszublauen.

Bei der Bedeutung der Bewegung für das gesamte Sozialisierungsproblem besteht kein Zweifel daran, daß das Proletariat in diesem Kampf das Gebot der Pflicht erkennen wird. Auch in Berlin wird der Sturm für praktische Arbeit über den Streit der Doktrinen siegen, werden die organisierten Arbeiter und Angestellten ebenso wie überall im Reich ihre ganze Kraft in den Dienst der freien Sozialisierungsarbeit stellen.

## Hochverzinslicher Nationalismus.

### Kapitän Ehrhardt als Großbankgründer.

Eine Anzahl von Personen, die sich aus irgendwelchen Gründen einmal Nummern des „Miesbacher Anzeigers“ kommen ließen, erhielten in der letzten Zeit ein erbauliches Fiktional zugestellt. Am Kopfe prangt der „Königlich preussische Hauptmann a. D.“ Ehrhardt v. Butt-Lammer, München (wo sonst?), Georgenstr. 91. Die Einleitung des Rundschreibens nimmt dann ausdrücklich darauf Bezug, daß der Adressat durch Herrn Klaus-Et, den Herausgeber des „Miesbacher Anzeigers“, empfohlen sei. Es handle sich um die Schaffung eines großen nationalen Unternehmens:

Einige hohe deutsche Offiziere unter Führung des Herrn Kaiserlichen Korvettenkapitäns Ehrhardt in Wien haben sich an einem ungarischen Bankhaus mit Sitz in Budapest beteiligt und beschloffen, dasselbe zu einer deutsch-ungarischen Großbank auszubauen.

Das „Königreich Ungarn“ wird dann gepriesen als das Land, „wo wieder Ordnung und Recht herrschen“. Weiter sagt das Rundschreiben:

Der Name des Herrn Kapitän Ehrhardt dürfte Ihnen nicht unbekannt sein. Ja, auch Sie müssen ihn als einen der wenigen streng konsequenten Männer schätzen, die nicht umgefallen sind, und die auch, wenn es einmal heißt, das Vaterland vor dem Kommunismus zu retten, wieder ihren Mann stellen. Das Nichtsiegende war nun die Schaffung einer Großbank. . . .

In der Tat, was sollte für nationale Männer näher liegen als eine Großbank? Natürlich wird das Unternehmen streng jüdenrein sein; man rechnet auf „Großgrundbesitzer, Rittergutsbesitzer, Großlandwirte usw.“. Aber da man weiß, daß bei diesen Leuten in Geldfragen auch der Nationalismus aufhört, so sucht man ihnen in anderer Weise die Sache schmackhaft zu machen:

Neben der nationalen Pflicht der Förderung eines so gut Wertes darf jeder Deutsche aber auch einen besonderen Fall nicht außer acht lassen: die Möglichkeit, daß der Kommunismus nasser Land überflutet, dann ist es gewiß doch von höchstem Werte, möglichst eine Summe im Zustande liegen zu haben, die vor Rot und Elend schützt. Denken wir zum Beispiel nur an jene armen Russen, die einst höchst vermögend waren, denen man nach dem Regimewechsel alles abnahm und die dann bettelarm ihre heimatische Scholle zu verlassen und in ein fremdes Land zu ziehen gezwungen waren! Wie glücklich waren dagegen jene ihrer Gesinnungs- und Leidensgenossen, die in diesem fremden Lande Werte besaßen, die sie stützig machen und so sich und ihre Angehörigen vor dem völligen Ruin

bewahren konnten. Wenn dieses Land nun sogar Ungarn heißt, wo jeder kommunistische Versuch wohl auf alle Zeiten unmöglich ist, so braucht es eigentlich keinen Moment der Ueberlegung.

Ich möchte nicht verschleiern, darauf hinzuweisen, daß die von unseren Freunden erworbenen Aktien in Ungarn liegen bleiben. Darin ist die Sicherheit der Anlage zu suchen, und nicht etwa in der Steuerersparnis, welche untererseits in keiner Weise geschützt würde. (So steht es aus!)

Bei wem die Angst vor dem Bolschewismus aber noch nicht genügend zieht, für den hat das „allererstrangigste Unternehmen“, wie es sich selber nennt, noch ein weiteres Lockmittel:

Zeichner, welche vor 6 Monaten Aktien erworben, haben in dieser Zeit allein am Kurse bis zu 200 000 M. verdient, und haben dabei die Genugtuung, ein streng nationales, christliches Werk gefördert zu haben.

Streng national, christlich, hohe Kursgewinne (Die bekanntlich durch das neue Testament vorgeschrieben sind!), was will das Patriotenherz mehr? Wenn man nun gar noch erfährt, daß für das Konjunktium „sechs Offiziere reisen“, die sogar „die allerentlegensten Gegenden“ aufsuchen, um Gelder für die Erhardt-Bank zu werden, so wird man gewiß sein, daß bald eine hochpatriotische Kapitalsucht nach Ungarn einsetzen wird, bestärkt durch den selbstlosen nationalen Gedanken, noch rechtzeitig an der Erlangung von Kursgewinnen beteiligt zu sein.

Erfreulicherweise betont das Fiktional auch, daß „keine politischen Ziele“ verfolgt werden. Wie sollte das auch möglich sein bei einer Bank, an deren Spitze ein so unpolitischer, rein kaufmännisch orientierter Bankdirektor steht wie der Kapitänleutnant Ehrhardt!

## Verfassungsfeier in München.

München, 14. August. (Eigener Drahtbericht.) Gestern und vorgestern stand München im Zeichen der Verfassungsfeier. Der republikanische Reichsbund hatte am Sonnabend abend das Münchener Bürgerturn und die Arbeiterschaft zu einem Festabend geladen, bei dem der erfahrene Pfarrer Klein und der Demokrat Prof. Duldbe in würdiger Form des Tages gedenkten. Am Sonntag vormittag hatte die Sozialdemokratische Partei die Republikaner Münchens auf den Königsplatz geladen. Genosse Luer hielt dort die Festrede zum Geburtstag der deutschen Verfassung und schloß mit den Worten: „Als Hüter des Rechts und der Verfassung dulden gerade wir hier in Bayern aus dem Vorpösten der deutschen Republik nicht, daß die Justiz vom Reichelmoord beherrscht werde. Wer die Verfassung bricht oder durchlöchert, wie es die bayerische Regierung getan hat, der ist ein Schrittmacher der Anarchie, mag er leitender Staatsmann oder einfacher Bürger sein, mag er sich offen als Feind des Staates bekennen oder unter heuchlerischer Maske sich als Hüter der Gesehe aufspielen. Für bayerische Republikaner gilt ebenso wie für alle anderen die Parole: aufzubauen und das Bauland zu schützen gegen Mörder und Narren.“

Zu dem Berliner Protokoll nimmt das Korrespondenzorgan der Bayerischen Volkspartei in einer Sonderausgabe Stellung. Es sieht zwar in dem Protokoll einen „schönen und dankenswerten Erfolg des Grafen Lerchenfeld“, doch gehen in dem Organ der größten bayerischen Regierungspartei die Konzeptionen der Reichsregierung noch immer nicht weit genug. Ueber die Stellung der Parteien zu dem Protokoll wird gesagt, daß die Zustimmung, „wenn es überhaupt zu einer solchen komme“, wesentlich erleichtert würde, wenn die Erklärungen der Reichsregierung „etwas bestimmter formuliert“ wären, namentlich wenn die Reichsregierung sich verpflichten würde, das Gesetz zum Schutze der Republik, vor allem den Staatsgerichtshof, möglichst rasch zu befehlen.

Der bayerischen Fronde wächst also der Appetit beim Essen. Hier wurde schon gesagt, daß die Konzeptionen der Reichsregierung die äußerste Grenze des möglichen Entgegenkommens erreichen, ja diese teilweise bereits überschreiten. Ein weiteres Nachgeben darf in keinem Falle erfolgen, wenn überhaupt das Gesetz zum Schutze der Republik noch einen Sinn haben soll.

## Mit Stahlross, Frau u. Sorgen im Harz.

Von Karl Lüdge.

Zwei gute Freunde rieten dazu. Der erste war ein Regelter, dem mein gereiztes Wesen im Umgang mißfiel. Er sagte: „Reise irgend wohin. Spanne aus. Guß dir hohe Berge an, damit du wieder weißt, daß es noch größere Dinge gibt.“

„Esel.“ schalt ich ihn innerlich und gedachte erst recht in den Ferien daheim zu bleiben, um bei dem in Wäldern stattfindenden Preisfesten — als bester Regler — mir den ersten Preis zu holen.

Der andere Freund war ein Zimmernachbar, der mit uns — meine Frau und ich wohnen selbstverständlich zeit- und standesgemäß in Untermiete in zwei halben Zimmern — den Vorgarten und die Laube zu teilen hatte. Der liebe Mensch wollte die Zeit unserer Abwesenheit benutzen, um sowohl den Garten als Laube mit seiner Braut zusammen instand zu setzen.

Dagegen wäre nicht allzu viel einzuwenden gewesen. Meine Frau endlich war reisefreudig. Sie wollte in den Harz. Und wenn es zur Erschwingung der Reisekosten mit dem Fahrrad wäre.

Dieser Rat schien mir vortrefflich und er gab bald den Ausschlag. — Jedenfalls fuhren wir alsbald auf unseren Stahlrossen in zweitägiger, schwelgereicher Fahrt zum Harz.

Weiter lag Nordhausen noch etliche Kilometer ab vom Harz, sonst hätten wir gleich hier den Harz bewundert. Das Bergwerk mit seinen alten, buckligen Häuschen und schiefen Straßen, den Himmelstreppen und Stadtmauern imponierte mir ein bißchen, und ich war drauf und dran, das Sorgenbündel von mir zu werfen. Doch meine gute Frau verhinderte das, indem sie ihre Wünsche bezüglich eines neuen Reizehuts und dergl. sehr nützlich, aber recht teurer Dinge vortrug, die wir dabei nicht mehr besorgen konnten.

Nun — wir hatten an Fahrgeld durch unsere Radfahrt an die 1500 M. gespart. Also erfüllte ich den einen Wunsch für 600 M.

Die Radfahrt nach Welfen, in Welfer Tal, Rotenfelde und Bennedenstein verlief ergebnislos. In dem Höhenkurort Bennedenstein bockte bei der steilen Bergfahrt das Rad meiner Frau und ging ein bißchen aus dem Leime. Die Wiederherstellung kostete drei Stunden dauern. Also blieben wir den Nachmittag und Abend in Bennedenstein, schauten in die Höhe und Lust und sahen nichts. Dasselbe taten wir am folgenden und übernächsten Tage: da das Rad noch immer nicht fertig war und nach Nordhausen geschickt werden mußte.

Am vierten Tage fuhren wir weiter nach Hahneberg, dem höchsten Ort im Harz. Nach Braunlage wollten wir von hier. Aber die Lust meines Borderrades, die in Querfurt geschöpft war, entwich leicht. Der Schlauch trat im Anschluß daran in Synpathie mit dem verweirten die Aufnahme neuer Luftströmung. Erst ein mühselig im Landstrohengraben aufgepöppelter Haken aus Gummi verband ihn, und nach entsprechender Luftschöpfung ging es weiter.

Das Ziel war der Broden. Das Tagesziel für uns jedoch nur Braunlage. Dort zerbrach die Kette am Rade meiner Frau.

Well ein Sonntag war, bekamen wir die Geschichte nicht gemacht, mußten warten und zu fabelhaften Preisen in besogtem Ort unter-schlüpfen für Nachmittags, Abend, Nacht und folgenden Tag.

Am Abend dieses Tages konnten wir weiterfahren. In der Dunkelheit verirrten wir uns und kamen in laufender, fast ein-stündiger Bergfahrt statt auf dem Gipfel des Brodens in Jorze am Harzrande an. . . .

Dort las ich am folgenden Morgen in einer Zeitung, daß das große Mitteldeutsche Preisfesten stattgefunden habe und der liebe Freund, der mich zur Harzreise gedrängt hatte, als erster Preis-träger aus dem Wettstreite hervorgegangen sei.

Während jerrich ich das Blatt und sagte entschieden zu meiner Frau: „Wir kehren heim! Ich hab's satt, diese Bergtragelei mit dem Rade!“ Meine Frau schmolte: „Wären wir nur mit der Bahn gefahren. Da hätten wir auch nicht mehr Geld gebraucht und mehr gesehen.“

„Hätten . . . hätten . . . wären . . .“ öfste ich während nach und mußte zur Strafe eine Viertelstunde Tränen trocken. Dann wurde in dreistündiger Sitzung der Entschluß gefaßt, mit der Bahn zum Broden hinauf zu fahren.

Als wir zum Bahnhof in Jorze noch etwa einstündigem Fuß-marsch durch das zweistundenlange Nest kamen, fuhr an diesem Tage kein Zug mehr. Am folgenden Tage ruhte der Betrieb! Wegen Lohnforderung Betriebsstellen.

Unser Versuch, mit den fähigsten Können den Brodenberg doch noch zu erzwingen, scheiterte erneut an dem störrischen Sinn der Radioelektriker. Außerdem war in Schlerke meine einst gutgefällige Reizekaffe völlig erschöpft.

Mit den telegraphisch von den Schwiegereltern erbetenen 150 M. fuhren wir letzter Klasse eilends nach Hause; unsere Stahl-rosse steckten im Gepädwagen und saßten sich da wehler als beim Radfahrer, der eiliche Tage Arbeit an ihnen haben dürfte.

Wie „Deutschland, Deutschland über alles“ entstand. Für Hoffmann von Fallersleben „Lied der Deutschen“ ist durch die Kundgebung des Reichspräsidenten zur diesjährigen Verfassungsfeier in weiten Kreisen Interesse geweckt worden. Im Augustmonat vor 81 Jahren ist „Deutschland über alles“ unter englischer Flagge auf Helgoland entstanden. Am 26. August können wir seinen Geburtstag feiern. Hoffmann war 1841 nach dem stillen Feinsensland gekommen, um sich zu erholen. „Die Einfachheit ist mir recht wohl“, erzählt er selbst in seinen Lebenserinnerungen, „ich freute mich, daß ich nach den unruhigen Tagen auch wieder einmal mir gehören durfte. Wenn ich dann so wandelte, einsam auf der Klippe, nichts als Meer und Himmel um mich sah, da ward mir so eigen zumute, ich mußte dichten und wenn ich es auch nicht gewollt hätte“. So entstand am 26. August 1846 des Lied: „Deutschland, Deutschland über alles!“ Bald darauf besuchte sein Verleger Julius Campe den Dichter, und von dem weiteren Schicksal seines Liedes erzählt Hoffmann: „Am 29. August spazierte ich mit Campe am Strande. Ich habe ein Lied gemacht, das kostete aber 4 Louisdor. Wir gehen in das Erholungszimmer. Ich lese ihm „Deutschland, Deutschland über alles“ vor, und noch ehe ich damit zu Ende bin, legt er mir die 4 Louis-

dor auf die Brieftasche. Wir beratschlagen, auf welche Weise das Lied am besten zu veröffentlichen wäre. Campe schmunzelt: „Wenn es einschlägt, so kann es ein Rheinlied werden.“ Ich schreibe es unter dem Namen der jämmerlichsten Tanzmusik ab. Campe sticht es ein, und wir scheiden. Am 4. September bringt mir Campe das Lied der Deutschen mit der handschriftlichen Melodie in Noten“. Dieser erste Druck des Liedes ist heute ganz außerordentlich selten geworden. Die Uebersicht mit dem Datum „Helgoland, 26. Aug. 41“ befindet sich auf der Staatsbibliothek. Das Honorar war das höchste, das Hoffmann je für ein Gedicht erhielt; aber der zerstreute Professor wäre belächelt darum bekommen. Denn als er Helgoland verließ und schon am Strand auf das Schiff wartete, fand seine Wirtin die 4 Goldstücke in einer Schublade, trug sie ihm nach und händigte sie ihm in letzter Minute ein, als er sich schon im Boot befand.

In Hamburg wohnte Hoffmann auf der Rückreise einer Feierlichkeit der Turnerschaft bei, auf der das Lied zum ersten Male gesungen wurde. Der erste Druck war schnell vergriffen, und das Lied erschien dann 1843 in Hoffmanns „Deutschen Liedern aus der Schweiz“. Die anderen Komponisten wurden auf das Lied aufmerksam, und bis 1873 waren dem Dichter selbst 48 Vertonungen bekannt. Die schöne handschriftliche Melodie ist aber auf das erste mit dem Gedicht verknüpft und Hoffmann hielt selbst an ihr fest.

Die Gerhart Hauptmann-Festspiele trachten am Sonntag im Stadttheater, zum ersten Male, von dem Dichter selbst in Szene gesetzt, „Das Opfer“ (Indisch), von dem Ensemble des Dresdener Stadttheaters gegeben. Mit andachtvoller Spannung folgte das Publikum der glänzenden Aufführung. Begeistert wurde der Dichter schon nach dem dritten Akt herausgerufen und nach dem Schluß der Vorstellung rief nicht endenmögender Beifall Dichter und Darsteller vor die Rampe. — Im Lobe-Theater spielten Else Lehmann und Emil Sonnings mit bekannter Meisterschaft die Hauptrollen im „Siberpelz“.

Entdeckung zweier neuer Sonnen. Zwei neue Sonnen, die 52 Trillionen Meilen von der Erde entfernt sind, wurden von dem Direktor des Observatoriums zu Bancouver in Britisch-Columbien Dr. J. S. Maskell, entdeckt. Die Sonnen wurden mit dem 72-zölligen Riesenfernrohr des Observatoriums gefunden. Nach Platteausnahmen benannten die Wissenschaftler von diesen Sonnen, die uns ihre Erleuchtung enthielten, ihre Reste zu unserem Planeten vor mehr als 5000 Jahren. Die Sonnen drehen sich umeinander. Eine von ihnen die massivere, soll 7mal so groß sein wie unsere Sonne und 12 000-mal so hell.

Die Deutsche Hochschule für Politik will nimmermehr ein haubtamliches Dozentenkollektivum von Verdienstlosen der wissenschaftlichen Forschung und der politischen Erfahrung als Kern für Exzellenz und Methode schaffen. Einen Ruf haben angenommen: Prof. Goetsch und Prof. Kohn nebenamtlich, sowie Dr. Theodor Deub und Dr. Rudolf Hilferding hauptamtlich.

Und Lloyd George schreibt Wilmot. Wie aus London gemeldet wird, sind Lloyd Georges Memoiren für 10 000 Pfund Sterling angekauft worden.

Zu dem Berliner Protokoll nimmt das Korrespondenzorgan der Bayerischen Volkspartei in einer Sonderausgabe Stellung. Es sieht zwar in dem Protokoll einen „schönen und dankenswerten Erfolg des Grafen Lerchenfeld“, doch gehen in dem Organ der größten bayerischen Regierungspartei die Konzeptionen der Reichsregierung noch immer nicht weit genug. Ueber die Stellung der Parteien zu dem Protokoll wird gesagt, daß die Zustimmung, „wenn es überhaupt zu einer solchen komme“, wesentlich erleichtert würde, wenn die Erklärungen der Reichsregierung „etwas bestimmter formuliert“ wären, namentlich wenn die Reichsregierung sich verpflichten würde, das Gesetz zum Schutze der Republik, vor allem den Staatsgerichtshof, möglichst rasch zu befehlen.

## Hefige Dollar schwankungen.

Die Börse konnte sich bei Beginn der neuen Woche an Hand der vorliegenden Nachrichten aus London noch immer kein klares Bild von der politischen Lage machen. Diese Ungewissheit rief heftige Schwankungen am Devisenmarkt hervor. Während bereits in New York die Markt am Sonnabend bis auf 0,13 1/2 zurückgegangen war, was einer Dollarparität von etwa 740 entspricht, zeigte sich heute in Berlin wieder eine stärkere Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln.

Der Dollar ging im Vormittagsverkehr zeitweilig bis 820 in die Höhe. An der Börse wurde er gegen Mittag mit 800 gehandelt. An der Effektenbörse blieben die Schwankungen der Devisen fast ohne Einfluß. Das Geschäft ist nach wie vor ziemlich lebhaft. Besonders gesucht sind Montanwerte, verschiedene Aktien der Maschinen-, elektrotechnischen, chemischen Industrie, Terranwerte und auch Schantungaktien. (Am Hinblick auf die bevorstehende Generalversammlung, die über das Abfindungsangebot der Regierung entscheiden soll.)

## Devisenkurse.

Die amtliche Kurstabelle gibt an, wieviel Mark man aufwenden muß, um die in der ersten Spalte genannte Einheit der auf das bezeichnete Land lautenden Währung zu erwerben.

|                              | 14. August           |                          | 12. August           |                          |
|------------------------------|----------------------|--------------------------|----------------------|--------------------------|
|                              | Käufer- (Geld-) Kurs | Verkäufer- (Brief-) Kurs | Käufer- (Geld-) Kurs | Verkäufer- (Brief-) Kurs |
| 100 holländische Gulden      | 81805.05             | 81964.95                 | 80862.—              | 80438.—                  |
| 1 argentinischer Papier-Peso | 298.12 1/2           | 298.87 1/2               | 281.12 1/2           | 281.87 1/2               |
| 100 belgische Frank          | 6342.05              | 6337.93                  | 6007.40              | 6082.60                  |
| 100 norwegische Kronen       | 14182.25             | 14217.75                 | 13508.05             | 13541.35                 |
| 100 dänische Kronen          | 17027.90             | 17072.10                 | 16828.00             | 16871.10                 |
| 100 schwedische Kronen       | 21518.—              | 21002.—                  | 20574.25             | 20625.75                 |
| 100 finnische Mark           | 1722.80              | 1727.20                  | 1667.90              | 1672.10                  |
| 1 japanische Yen             | —                    | —                        | 354.50               | 355.50                   |
| 100 italienische Lire        | —                    | —                        | 3385.50              | 3394.50                  |
| 1 Pfund Sterling             | 3670.60              | 3670.40                  | 3495.60              | 3504.40                  |
| 1 Dollar                     | 820.04               | 823.96                   | 781.52               | 783.48                   |
| 100 französische Frank       | —                    | —                        | 6367.00              | 6383.00                  |
| 1 brasilianischer Milreis    | —                    | —                        | 102.87               | 103.13                   |
| 100 Schweizer Frank          | —                    | —                        | 14881.35             | 14918.65                 |
| 100 spanische Pesetas        | —                    | —                        | 11935.05             | 11964.95                 |
| 100 österr. Kronen (abgez.)  | 1.40 1/2             | 1.45 1/2                 | 1.38                 | 1.42                     |
| 100 tschechische Kronen      | 2160.70              | 2155.90                  | 2072.40              | 2077.60                  |
| 100 ungarische Kronen        | 56.33                | 56.17                    | 54.93                | 55.07                    |
| 100 bulgarische Lewas        | 466.90               | 450.40                   | 454.40               | 455.60                   |

## Die Brotpreiserhöhung.

### Umlagepreise und freie Preise.

Ueber die Faktoren, welche die neue Brotpreiserhöhung bedingen, wird durch WTB folgende Aufklärung verbreitet:

Die Höhe des Brotpreises ist — abgesehen von den nicht unerheblichen Kosten, welche den Kommunalverbänden durch ihre eigene Verwaltung, den gesteigerten Ausgaben für Boden usw. entstehen — in der Hauptsache abhängig von dem Preise, zu welchem die Reichsgetreidestelle das Getreide an die Kommunalverbände abgibt. Dieser Abgabepreis, der seit Februar eine Aenderung nicht erfahren und im Durchschnitt für die verschiedenen Getreidearten 5462 M. betragen hat, ist jetzt auf 11 000 M. erhöht (10 800 M. für Roggen und 11 300 M. für Weizen), also reichlich verdoppelt worden. Die Erhöhung hat vorgenommen werden müssen, weil die Preise für das in der öffentlichen Hand gefundene Getreide, für inländisches Umlagegetreide und für das aus dem Auslande eingeführte Getreide stark gestiegen sind. Die Preise für das inländische Umlagegetreide betragen im vergangenen Jahre für Roggen 2100 M., für Weizen 2300 M.; sie sind jetzt erhöht worden auf 6900 M. für Roggen und 7400 M. für Weizen. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahre, die ihren Grund in der allgemeinen Preissteigerung und damit den gesteigerten Kosten der Produktion findet, ist also beträchtlich, bleibt aber weit zurück hinter den Preisen auf dem freien Markt oder gar auf dem Weltmarkt. Als im Vorjahre der Preis des Umlagegetreides mit 2100 M. bzw. 2300 M. in Kraft trat (Mitte August), betrug der Preis im freien Handel, der damals zum erstenmal wieder einlegte, 3400 M. für Roggen und 4800 M. für Weizen, um nach einiger Zeit beträchtlich zu steigen. Der Dollar stand zu jener Zeit ca. 70. Bei der Festlegung der Preise für dieses Jahr, im Juli, betrug der freie Marktpreis für inländisches Roggen etwa 13 000 M., für Weizen ungefähr 16 000 M. und der Dollar stand etwa 400. Der Preis für ausländisches Weizen lag noch höher. Mittlerweile sind die Preise noch stark gestiegen. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß der Marktpreis der für Abgaben der Reichsgetreidestelle an die Kommunalverbände errechnet werden muß, eine sehr beträchtliche Erhöhung erfahren mußte. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß in dem Abgabepreis von 11 000 M. die Umschlagsteuer enthalten ist, ferner, daß die Reichsgetreidestelle das Getreide frachtfrei liefert, und daß die Frachtkosten seit Februar mehrmals beträchtlich erhöht worden sind. Die Erhöhung gegenüber dem im Februar festgesetzten und bis jetzt durchgehaltenen Abgabepreis von 5462 M. ist mithin für das unumgänglich notwendige nicht hinausgegangen. Daß der Abgabepreis noch auf ca. 11 000 M. gehalten werden kann, ist der Umlagezuschreibung, die es einmal ermöglicht, die Preissteigerung in möglichen Grenzen, und ferner den Abgabepreis wenigstens für einen gewissen Zeitraum auf gleicher Höhe zu halten, und damit das Brot den großen Schwankungen der täglichen Marktpreise zu entziehen.

In der letzten Sitzung des Landesernährungs-ausschusses für Thüringen, der sich zusammensetzt aus Vertretern der drei Arbeiterparteien, der Gewerkschaften und der Kommunalverbände, wurde einstimmig beschlossen, beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund die Einberufung einer Landesernährungskonferenz zu beantragen.

## Die Ausführung des Reichsmietengesetzes.

Der Städtische Wohnungsausschuß trat Sonnabend nachmittag im Stadthause zu einer neuen Sitzung zusammen, um zur Ausführung des Reichsmietengesetzes die erforderliche Bekanntmachung des Magistrats vorzubereiten. Die Verhandlungen mit den geladenen Vertretern der Mieter und Vermieter gestaltete sich wiederum sehr schwierig, so daß erst nach über sechsständiger Sitzung ein gewisses Ergebnis erzielt werden konnte. Ueber die einzelnen Zusätze für die Hausverwaltungs- und Betriebskosten, für laufende Instandsetzungsarbeiten, für Steigerung der Hypothekenzinsen usw. fehlte zwar der Wohnungsausschuß zahlenmäßige Vorschläge, doch wurde über deren Höhe vorläufig noch Vertrauenshaft proklamiert, da die endgültige Entscheidung beim Magistrat liegt. Dieser wird sich in seiner nächsten Sitzung am Mittwoch mit der Frage der Mietzuschläge beschäftigen. Was die Regelung im allgemeinen betrifft, so kann aber heute schon gesagt werden, daß für die

# Die Berliner Organisation zum Parteitag.

Die Berliner Parteioorganisation beschäftigte sich gestern auf ihrem außerordentlichen Bezirkstag mit dem kommenden diesjährigen Parteitag. Nach einem Referat des Genossen Adolf Braun wurden zahlreiche Anträge erledigt und die Wahl der zum Parteitag zu entsendenden Delegierten vorgenommen.

Genosse Adolf Braun führte etwa folgendes aus: Es ist ja immer schwer, über die Zukunft zu sprechen. Wir glauben alle, daß der Parteitag bestimmt wird durch die Debatte über die Einigung der beiden sozialistischen Parteien. Aber die Schwierigkeiten, die sich innen- und außenpolitisch aufgetan haben, sind so groß, daß wir nicht einmal wissen, ob der Parteitag in Augsburg tagen kann. Wir wissen nicht, ob uns im Reich der königlich bayerischen Regierung ein Rednerpult zur Verfügung steht. Redner kennzeichnet das Vorgehen der bayerischen Regierung gegen die sozialistische Presse.

Wir haben in Görlich durch die Rede des Genossen Treu erfahren, wie es in Bayern aussieht.

### Bayerns Politik

wird bestimmt durch den preussischen General Ludendorff und den preussischen Obersten Bauer. Wir haben die Vereinbarungen des Reiches mit Bayern gelesen, und es gibt niemand bei uns, der mit ihnen zufrieden wäre. An dem Tage, als die Schutzgesetze im Reichstoge beraten wurden, erklärte mir ein bürgerlicher bayerischer Abgeordneter, daß er nicht verstehe, daß die Reichsregierung so viele Anstrengungen macht, das Gesetz so zu gestalten, daß es für Bayern annehmbar wäre. Das würde vergeblich sein, denn es gäbe keine Formulierung der Schutzgesetze, die für Bayern annehmbar wäre. Der Mann hat politisch richtig gesehen und wir erkennen, daß es eben nationalsozialistischen Politikern Bayerns darauf ankommt, Bayern vom Reich zu trennen. (Zustimmung.)

Aber auch die Außenpolitik gibt keinen Anlaß zur Zufriedenheit. Nehmen wir an, daß die Franzosen sich deutschen Besitzes bemächtigen und zu anderen Zwangsmassnahmen greifen, so ist es wohl möglich, daß der Parteitag sich sehr mit diesen Dingen beschäftigen muß.

Dann kommt die fürchterliche Teuerung, die entsetzliche Geldentwertung hinzu, die ebenfalls den Parteitag beschäftigen muß. Die Verhältnisse in Bayern, die unklaren Verhandlungen in London, die fürchterliche Geldentwertung sind Momente, die sehr dazu beitragen, das Vertrauen zu Deutschland im Auslande zu vermindern.

Redner schildert die finanzielle Lage der Partei, vergleicht die geringen Beiträge mit den gewaltigen Anforderungen, die an sie herangetragen und die bei Neuwahlen noch weiter gesteigert werden. Neuwahlen in Bayern und Sachsen stehen vielleicht bevor, die Wahl des Reichspräsidenten gilt es durchzuführen. Leider sind die Finanzen der USP. nicht glänzend, aber daran darf und wird

### Die Einigung der beiden Parteien

nicht scheitern. (Beifall.) Wir haben mit der USP. nur über die Grundzüge und die Methoden der Einigung gesprochen, Personenfragen sind überhaupt noch nicht behandelt worden. Sie spielen aber auch eine große Rolle. Redner geht dann auf die Not der Presse ein und zeigt an Beispielen die finanzielle Belastung auf, die durch die Steigerung der Papierpreise hervorgerufen wurde.

Die Frage des Organisationsstatuts spielt bei der Einigung gar keine Rolle. Der Unterschied mit dem unsrigen ist nicht so groß. Anders ist schon die Frage des Parteiprogramms. Aber auch hier werden die Schwierigkeiten überwunden werden. Die Zusammenarbeit der beiden Reichstagsfraktionen wird sich ohne Reibung vollziehen. Wir werden immer daran denken, daß wir gemeinsame Ziele haben, und wir werden alles vergessen, was gewesen ist. (Beifall.)

Die Einheit der beiden sozialistischen Parteien in Deutschland ist von größter Bedeutung; sie wird die Einigung der Londoner und der Wiener Internationale nach sich ziehen. Wir werden wahrscheinlich noch in diesem Jahre

einen internationalen Sozialistenkongreß auf deutschem Boden haben. (Bravo.) So wird trotz aller äußeren Not die Einigung die Herzen des Proletariats höher schlagen lassen, und es wird dieses Jahr ein Jahr sein, auf das alle die, die später nach uns wirken, mit Stolz zurücksehen werden. (Sehr richtig!)

Wir haben diesmal im Einverständnis mit den Frauen davon abgesehen, eine besondere Frauenkonferenz einzuberufen.

Neben den allgemeinen Fragen werden auf dem Parteitag auch spezielle Fragen behandelt werden. So die Frage der Justiz. Das kürzliche Programm hat mehr Lücken als Mängel. Aber das wichtigste ist doch, daß der richtige Geist in der Partei herrscht und so sind wir gern bereit, mit den Unabhängigen ein neues gemeinsames Programm zu schaffen. Am Programm wird die Einigung nicht scheitern.

Jeder Tag kann neue Ueberforderungen bringen, und so ist es sehr wohl möglich, daß noch andere Fragen aufzutauchen werden, die den Parteitag beschäftigen können. Wir werden aber alles daran setzen, die Sozialdemokratie zum Ziele zu führen. (Beifall.)

Vor dem Eintritt in die Diskussion wurde folgende

### Entschliessung

einstimmig angenommen:

„Der Bezirkstag der SPD. Groß-Berlin hat mit Abscheu und Enttäufung von dem Verbrechen Kenntnis genommen, das an 14 hervorragenden Vorläufern des russischen Proletariats begangen worden ist. Die Delegierten des Bezirkstages sind sich bewußt, daß jenes fognannte Urteil mit Rücksicht auf die Verhältnisse in der russischen Revolution nicht als gerechtfertigt empfunden werden kann. Sie fordern die Sozialisten aller Richtungen und auch die kommunistischen Genossen, die sich proletarischen Empfinden bewahrt haben, auf, daß sie mit aller Kraft gegen jene Mordthat und den Geist jener Schandurteile ankämpfen.“

Mieter eine erhebliche Belastung nicht nur durch den zu erwartenden Zuschlag zur Friedensgrundmiete, sondern auch durch Aufbündelung sämtlicher Kosten für die Wohnungsreparaturen eintreten wird. Auf die Mieter werden ferner umgelegt: die öffentlichen Abgaben in voller Höhe, die Kosten für Treppenbeleuchtung, Versicherungen, Bohrstuhlbetrieb usw. bis zu einem bestimmten Prozentsatz, den der Magistrat ebenfalls am Mittwoch endgültig festsetzen und beschließen wird. Ueber die Sammelheizung und Warmwasserbereitung werden neue Vorschriften gegeben. Zur Schlichtung von Streitigkeiten auf diesem Gebiet sollen bei jedem Bezirksamt Schlichtungskommern gebildet werden. Bis auf weiteres sollen für Berlin zur Durchführung von Hausinstandsetzungen keine öffentlichen Hauskonten eingerichtet werden. Wesentlich ist ferner die Bestimmung, daß auch bei Untermiete nur bestimmte Sätze in Rechnung gestellt werden dürfen.

### Die Kuchenläden werden leerer.

Jetzt geht es auch den Kuchenläden wie den Schlächterläden. Die Kuchenrörre werden immer weniger, weil die Käufer wegbleiben. Welche Mengen von Obstkuchen sah man sonst um diese Zeit! Jetzt ist gerade auch der so gesunde Obstkuchen fast ganz verschwunden, seine Herstellung auf weniger als den zehnten Teil eingeschränkt. Man kann Kuchen beinahe nur noch so essen, wie man früher Kaviar aß. Zum Glück ist ja Kuchen zu entbehren. Die

In der

### Diskussion

behandelt Refe die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Unter anderem bespricht Wegner den Antrag der Jungsozialisten, die Reichswehr für das Eingreifen bei außenpolitischen Konflikten nicht in Frage komme und daß für Verwendung im Innern die Schupo völlig genüge. Im übrigen sei die geeignete Arbeiterklasse die beste Schutzwehr gegen jede innere Erhebung.

Lüdemann: Die Arbeitergemeinschaft der beiden sozialistischen Fraktionen hat bereits Erfolge erzielt. Es ist nur bedauerlich, daß die Frage der Hohenzollernabfindung noch nicht im Sinne der Partei erledigt werden konnte. Es ist schlecht verträglich mit der Tatsache, daß wir seit fast vier Jahren eine Republik haben und die Auseinandersetzung mit den ehemaligen Fürsten noch nicht erledigt ist. Redner verliest einen Antrag, der sich mit der Fürstenabfindung beschäftigt. Es ist bedauerlich, daß der 11. August noch nicht gesetzlicher Feiertag ist, aber es ist erfreulich, daß der letzte Verfassungstag so eindrucksvoll verlaufen ist. Es war ein Wendepunkt in der Geschichte unseres Staates. — Nach der Einigung mit der USP. wird sich herausstellen, daß manche unserer Genossen weiter links stehen als manche Genossen der USP. So wird unsere Politik auch in der Zukunft die gleiche bleiben. Ziel bleibt demnach die sozialistische Gesellschaft. Redner begründet einen Antrag, der auf die Demokratisierung Bezug hat.

Die beiden Anträge des Genossen Lüdemann erhalten die notwendige Unterstützung.

Genossin Diekmann begründet einen Antrag, der vom Parteitag dem Parteivorstand zu beauftragen, eine Kommission einzusetzen, die die bisherigen planlosen Reformversuche auf dem Gebiete des Schulwesens beiseite.

Walter spricht zu dem Antrage auf Abbau der Reichswehr. Er vergleicht die Reichswehr mit der Schupo, auf die man sich in republikanischer Sinne verlassen könne. Die größere Zuverlässigkeit der Schupo liege an der Leistung. Die Reichswehr muß republikanisert werden, den Reichswehrsoldaten muß das Koalitionsrecht zugebilligt werden.

Joachim begründet einen Antrag, der auf die Einigung Bezug nimmt. Er fordert, daß zur Behandlung der Einigungsfrage besondere Referenten für den Parteitag bestimmt werden. Er behandelt ferner die Fragen der Demokratisierung der Wirtschaft und des Völkerbundes.

Rathbaum weist darauf hin, daß die Arbeiterschaft alles tun müsse, um sich die Kenntnisse anzueignen, die notwendig zur Beherrschung des Staates sind.

Heinig spricht zur Frage der Hohenzollernabfindung. Es bleibt eine Schande, daß 1922 die Kernmasse des Hohenzollernschen Hausvermögens noch keine Steuern gezahlt hat. Es ist eine Schande, daß die Hofkammer bisher arbeiten konnte, ohne einer ernsthaften Kontrolle zu unterliegen. Durch den Druck unserer Landtagsfraktion muß hier entgegengewirkt werden. Wie wenig habe der Hohenzollernsche Grundbesitz für Siedlungszwecke hergegeben! Der Antrag Lüdemann zu dieser Materie trifft nicht den Kern der Angelegenheit, weil er sie mehr agitatörisch behandelt.

Genossin Bohm-Schuch behandelt die Fragen der Lehrmittelsbewilligung in den Schulen, der Erhebung der Schullehrer, und bezeichnet es als einen unerhörten Zustand, daß heute noch die Geschichtsbücher monarchistischen Inhalts an den Schulen im Gebrauch sind. Sowie der Reichstag zusammentritt, wird er sich mit diesen Fragen beschäftigen müssen.

Inzwischen ist ein Antrag eingegangen, der verlangt, daß dahin gewirkt werden möge, daß bei der Reichswehr statt der schwarzweissen Fahnen mit der schwarzrotgoldenen Böck die rein schwarzrotgoldenen Fahnen eingeführt werden.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Genosse Braun geht in seinem

### Schluswort

ausgiebig auf die Diskussion ein. Er behandelt dann auf Grund eines vorliegenden Antrages den Ausschluß des Chefredakteurs der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Es ist sehr leicht die Mitgliedschaft in der Partei zu erwerben, sehr schwer aber ist es, ein Mitglied zu enternen. Dem Mitglied gibt das Organisationsstatut gewisse Garantien, die zu beachten sind. Noch in dieser Woche wird das Schiedsgericht in der Angelegenheit Lenck tagen. Es ist unser Fehler, unsere Unbuddlichkeit gewesen, wo die Reichswehr unzuverlässig wurde. Treten wir für die Reichswehrsoldaten ein und machen wir sie zu unseren Freunden. Das unterchiebste Schimpfen auf die Reichswehr ist das Dämteste, was die Sozialdemokratie tun kann. (Zustimmung.) Die Einigung der Arbeiter-schaft ist nur mit Sozialdemokraten, aber nicht mit Kommunisten möglich. Eine Einigung ist nur möglich, wo ein kameradschaftlicher Geist vorhanden ist. Viele Anträge, die dem Bezirkstag vorliegen, sind so gehalten, als ob die Reichstagsfraktion nur zu beschließen habe, um alles, was wir wünschen, zu verwirklichen. Das ist sehr schmeichehaft für uns, aber so geht es leider nicht. In Deutschland geht alle Macht vom Volke aus, und wenn das Volk eines Tages eine sozialistische Mehrheit in den Reichstag schickt, und die sozialdemokratischen Führer dann verlangen, dann mögt ihr sie zur Verantwortung ziehen. (Lebhafte Beifall.)

Der Bezirkstag stimmt alsdann über die vorliegenden Anträge ab. Wir werden die angenommenen Anträge später mit allen dem Parteitag vorliegenden Anträge veröffentlichen.

### Die Wahl der Delegierten

hatte folgendes Ergebnis: Her Pagels 16. Kreis, Cöpenick), Georg Buchmann (5. Kreis, Friedrichshain), Gottlieb Rünzinger (8. Kreis, Spandau), Otto Sperling (6. Kreis, Hallesches Tor), Joseph Arndt (14. Kreis, Neutölln), Robert Fendel (3. Kreis, Wedding), Karl Weiner (2. Kreis, Tiergarten), Heinrich Ströbel (12. Kreis, Steglitz), Paul Anton (9. Kreis, Wilmersdorf). Den Frauen wurden zwei Vertreterinnen zuerkannt und die Genossinnen Minna Lodenhagen und Helene Schmitz durch Akklamation einstimmig gewählt.

Der Bezirkstag erreichte um 1 1/2 Uhr sein Ende.

stetig sinkende Möglichkeit, ihn zu kaufen, wird aber in naher Zeit ihre starke Rückwirkung auf das Bäckergewerbe ausüben, soweit es sich vornehmlich mit der Kuchenbereitung befaßt. Man wird demnach gerade genug damit zu tun haben, um den sich zu einer Gefahr für unsere ganze Lebenshaltung auswachsenden Brotpreis zu erschwingen.

Beim Einbruch niedergelassen wurden gestern Abend ein 43 Jahre alter wohnungsloser Maler Adolf Runge und ein zweiter Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. Die beiden drangen um 7 1/2 Uhr in der Brenzlauer Allee 30 in die Wohnung des Fleischermeisters Bernhard Seblaccek ein, der sich mit seiner Frau schon früh zur Ruhe gelegt hatte, weil er morgens sehr zeitig seinen Geschäften nachgehen muß. Seblaccek erwachte aber im Hinterzimmer, hörte des Geräusch vorn in der Wohnung, stand auf, nahm seinen Revolver und überfallte die beiden, als sie gerade eingebrungen waren. Er gab mehrere Schüsse ab und traf Runge in die Brust und seinen unbekanntes Speigelfellen in das Becken. Beide waren so schwer verletzt, daß sie nach der Krankenstation des Untersuchungsgefängnisses gebracht werden mußten.

Der vierte Tag des Rdn.-Segelflug-Wettbewerbs brachte folgende Flüge: Baron von Freyberg auf „Horst-Messerschmitt“ zur Probe dreimal je eine Minute; Brenner - Stuttgart auf „24“ in 40 Sekunden über 300 Meter; Spieß - Dresden auf „26“ in dreieinhalb Minuten etwa zwei Kilometer bis Sieblos; Koller auf „30“ Kachen in 53 Sekunden 612 Meter.

